

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Unser Tag. 1947-1949 1947**

6 (22.1.1947)

# DER NEUE TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN UND WÜRTTEMBERG

2. Jahr / Nummer 6

F S W

Mittwoch, 22. Januar 1947

Einzelpreis 20 Pfennig

## Es lebe die Arbeitersolidarität der Welt!

Die Delegation des Weltgewerkschaftsbundes in Südbaden / Sonderbericht des NEUEN TAG

Eine Delegation des Weltgewerkschaftsbundes besucht in diesen Tagen Südbaden, um sich über den Stand der Gewerkschaftsbewegung zu unterrichten, einzelne Industriewerke zu besichtigen, und mit der Arbeiterschaft Fühlung zu bekommen.

Am 20. Januar nahmen die internationalen Gewerkschaftsvertreter an einer Konferenz der Vorstände der badischen Ortsausschüsse und der gewerkschaftlichen Landesvereinigungen im Freiburger Gewerkschaftshaus teil, um mit ihnen alles zu besprechen, was die deutschen Gewerkschaften in ihrer Entwicklung hemmen könnte, und in offener Aussprache die deutschen Wirtschaftsprobleme zu erörtern. Vor dem Eintreffen der Delegation behandelten die deutschen Konferenzteilnehmer aktuelle Fragen der Wirtschaftsordnung und der Gewerkschaftsorganisation. Dabei teilte Kollege Schneider (Baden-Baden) mit, daß erneut 4000 Werkzeugmaschinen im Wert von 10 Millionen Mark demontiert werden sollen (siehe den heutigen Leitartikel).

Die Delegation des Weltgewerkschaftsbundes, bestehend aus Jouhaux (Frankreich), Rostowski (UdSSR), Carthey (England), Herban (Tschechoslowakei) sowie dem Koll. Preuß (Frankreich) als Verbindungsmann des WGB zu den deutschen Gewerkschaften, wurden von dem Arbeitsoffizier der Militärregierung, Colonel Grosset, begrüßt, der ihnen mitteilte, daß die Militärregierung bis jetzt 158 örtliche Gewerkschaften, 15 Ortskartelle und sechs von den 13 vorgesehenen Landesvereinigungen genehmigt habe.

Kollege Kappes (Freiburg) wies darauf hin, daß den Gewerkschaften von den Nationalsozialisten ihr ganzes Vermögen geraubt wurde und gab der Erwartung Ausdruck, daß die Gewerkschaften baldmöglichst für ihre großen Verluste entschädigt werden, wolle dies eine wichtige Voraussetzung des gewerkschaftlichen Aufbaues ist. Weiterhin bat er die Delegation, sich beim Alliierten Kontrollrat für eine baldige Rückkehr der Kriegsgefangenen in die deutsche Wirtschaft einzusetzen. Der deutsche Arbeiter ist bereit, die Schäden wieder gut zu machen, welche das Hitlerregime in den überfallenen Ländern angerichtet hat. Wir sind uns auch dessen bewußt, daß gerade Frankreich zum Aufbau seiner Wirtschaft dringend Arbeitskräfte benötigt. Wir sind aber der Meinung, daß eine freiwillige Arbeit weitaus höhere Leistungen hervorbringt, als eine erzwungene. Wenn die Siegermächte unsere Kriegsgefangenen entlassen, sollten sie uns zuerst jene zurückgeben, welche stets ausgesprochene Antifaschisten waren. Diese sind uns unentbehrlich, weil sie die antifaschistische Front in Deutschland und damit den Willen zu Frieden und Wiedergutmachung stärken.

Ueber die Ernährungsfrage der werktätigen Bevölkerung Badens sprach Kollege Spindler (Freiburg), der feststellte, daß gegenwärtig ein unerträglicher Tiefstand erreicht worden sei. Er ging dann auf die Frage der Prioritätsbetriebe ein und stellte fest, daß, wenn in diesen Betrieben zusätzliche Rationen verteilt werden sollten, es nicht länger möglich sei, die dafür benötigten Lebensmittel der Versorgung der Zivilbevölkerung zu entnehmen. Es sei vielmehr notwendig, die Lebensmittel durch Einfuhr beizubringen. Die Hungerkrankheiten haben derartige Ausmaße angenommen, daß alle Krankenhäuser überfüllt sind.

Gegenüber der gegenwärtigen Politik des Lohnstopps bei praktisch steigenden Preisen müssen letztere mindestens auf den Stand von 1937-38 zurückgeführt werden und die Steuerlasten zumindest für alle Einkommen unter 500 Mark wesentlich herabgesetzt werden. Gleichzeitig bat Kollege Spindler die Delegation des WGB, beim Alliierten Kontrollrat gegen das geplante neue Sozialversicherungsgesetz vorstellig zu werden, das für den deutschen Arbeiter unannehmbare Verschlechterungen seiner sozialen Lage enthalte. Zur Durchführung der notwendigen Maßnahmen seien die Herstellung der deutschen Wirtschafts-

einheit und die Zuweisung von Rohmaterialien für die deutsche Wirtschaft notwendig. „Wir wollen als Stütze des Weltaufbaus mitarbeiten, aber wir können auf der anderen Seite nicht dulden, daß wir behandelt werden, wie das in früheren Zeiten bei Kulis der Fall gewesen ist.“ Kollege Spindler schloß mit einem Appell an die internationale Arbeiterschaft, nicht die Wiederholung der Fehler von 1918 zu dulden, das heißt, nicht zuzusehen, wie Deutschland vom Weltkapitalismus bis zum Weißbluten ausgebeutet werde.

Kollege Reibel (Freiburg) sprach davon, daß das vorliegende Betriebsrätegesetz nicht den hohen Erwartungen entspreche, welche die Arbeiterschaft in dieses setzte. Die Arbeiter haben nach dem Zusammenbruch sofort tatkräftig zugegriffen, und das Schlimmste durch ihre aufopfernde Arbeit von der Wirtschaft abgehalten. Sie erwarten daher, daß man ihnen weitestgehende Möglichkeiten zur entscheidenden Mitarbeit geben wird. Im einzelnen ist zu fordern, daß in den öffentlichen Verwaltungen Betriebsräte gebildet werden, weil gerade in den Behörden heute noch eine Großzahl von Nazis sitzt. Ueberall sollten die Betriebsräte ausschließlich aus gewerkschaftlich organisierten Werktätigen bestehen denn es ist von hoher Wichtigkeit, daß der Betriebsrat der verlängerte Arm der Gewerkschaften ist.

Die Entscheidung über die deutsche Wirtschaft müsse so sein, daß eine große Arbeitslosigkeit vermieden wird; denn mit Arbeitslosen kann man keine Gewerkschaftsbewegung schaffen. Die Gewerkschaften aber sind die Garanten der Demokratie, die Träger des friedlichen Wirtschaftsaufbaus und das Schwergewicht gegen nationalistische und militaristische Umtriebe.

Kollege Schneider (Baden-Baden) ging in der weiteren Diskussion auf die Gründe ein, weshalb sich der gewerkschaftliche Aufbau in Baden so verzögert habe. Er stellte fest, daß die badischen Gewerkschaften noch nicht in der Lage seien, die ihnen vom Vertrauen der Welt über-

tragenen Aufgaben zu erfüllen. Dem vom internationalen Kapitalismus unterstützten Versuch einer Wiederaufrichtung der kapitalistischen Wirtschaftsform in Deutschland stellten die Gewerkschaften die Forderung der Schaffung einer Gemeinwirtschaft in Deutschland gegenüber. Wir können in Deutschland nicht erneut kapitalistisch aufbauen, wir müssen alles tun, um ein sozialistisches Deutschland erstehen zu lassen. Der Kapitalismus ist der Ursprung aller Kriege. Wenn wir ihn in Deutschland nicht vernichten, dann stehen wir in wenigen Jahren erneut vor dem gleichen Chaos. Kollege Schneider schloß mit der dringenden Bitte, der WGB möge mithelfen, die Schwierigkeiten zu beseitigen, welche dem Gewerkschaftsaufbau bereitet werden, denn bis die Gewerkschaften unter den gegenwärtigen Umständen zum Zuge kommen könnten, würde die neue Organisation des deutschen Kapitalismus bereits fertig dastehen.

Kollege Henseler (Konstanz) richtete an die internationale Delegation die Bitte, bei der Besichtigung von Industriewerken auch hinter die Kulissen zu sehen und sich nicht mit dem zu begnügen, was man ihnen zu zeigen wünsche. Von besonderer Wichtigkeit sind diejenigen Auskünfte, welche der an der Maschine tätige Arbeiter gibt.

Kollege Hunzinger (Lörrach) faßte die Forderungen der Gewerkschaften in drei Punkten zusammen: Politische Säuberung, Einschaltung in die Produktionslenkung und entscheidende Mitbestimmung in den wirtschaftlichen Organisationen. Hierzu gehört in erster Linie die paritätische Beteiligung an den Industrie- und Handelskammern, die in keiner Weise dadurch gewährleistet wird, daß die Kammern nur zu einem Viertel aus Gewerkschaftern bestehen sollen. Zur politischen Säuberung stellte er die Frage, was nun eigentlich aus den nazistischen Unternehmern und Betriebsführern werden soll, die trotz starker Belastung noch in ihren Positionen sitzen und den (Fortsetzung auf Seite 2)

Wolfgang Gutmann:

## 4000 Werkzeugmaschinen

In Südbaden sollen 4000 Werkzeugmaschinen im Werte von 10 Millionen Mark demontiert werden.

Wir haben ein überschweres Erbe übernommen. Unsere Heimat ist durch die Zerstörungen des von Hitler entfachten Krieges verwüstet, wie kaum je ein Land verwüstet wurde. Es mag die Arbeit eines Menschenalters sein, wieder aufzubauen, was hier vernichtet wurde. Und vieles, was in den Bombenteppichen zugrunde ging, wird nie mehr aufgebaut werden können. Dabei haben wir durch die Untaten, die, wenn nicht mit unserem Willen, so doch in unserem Namen verübt wurden, die unbedingte Pflicht zur Wiedergutmachung des angerichteten Elends in den von der faschistischen Kriegsmaschine überannten Ländern aufgebürdet erhalten. Diese Pflicht verneiner hieße, die Wiedererringung eines geachteten Platzes unter den Völkern der Welt und damit die Sicherung eines für Deutsch-

## Wiederaufbau:

Am Samstag, 25. Januar, 19.30 Uhr, spricht Gen. Eckert im Südwestdeutschen Rundfunk über das Thema: „Wiederaufbau.“

land zumindest erträglichen Friedens nicht wollen. Wir aber wollen den Frieden! Wir brauchen ihn, um uns von den Wunden des Krieges zu erholen und darüber hinaus unser Leben in neuen Formen demokratisch so zu gestalten, um jedem arbeitenden Menschen — und das ist die überwiegende Mehrheit unserer Bevölkerung — die Rechte zu sichern, auf die er Anspruch hat und die ihm in der Vergangenheit stets verwehrt wurden: ein Leben der bestmöglichen Entfaltung der in ihm schlummernden Kräfte und der weitgehenden Befriedigung seiner wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnisse. Das aber ist stets nur im Frieden, nie jedoch im zerstörerischen Kriege möglich.

Um so unsere grundlegendsten Forderungen befriedigen zu können, müssen wir also Wiedergutmachung für die von den Nazis angerichteten Zerstörungen leisten. Hier jedoch erhebt sich die schwere, auf den ersten Blick unlösbar scheinende Frage, wie diese Wiedergutmachungsleistungen aufgebracht werden können. Vierorts wird diese Frage diskutiert, nicht zuletzt auch im Kreise der Siegermächte. Sie erhebt sich in aller Schärfe bei der Meldung von der bevorstehenden Demontage von 4000 Werkzeugmaschinen im Werte von 10 Millionen Mark im südbadischen Lande. Die Demontagen waren allerdings in den ersten Monaten nach dem Zusammenbruch für die selbst schwer getroffenen Siegerstaaten eine Notwendigkeit; anders steht es mit Demontagen wie der jetzt geplanten. Diese 4000 Werkzeugmaschinen werden zweifellos in den Ländern, die sie erhalten, nützliche Arbeit leisten und so unser Reparationskonto entlasten. Aber gleichzeitig ist uns damit nach den bereits vorausgegangenen Wegnahmen jede Möglichkeit weiterer produktiver Arbeit — sei es nun für die Wiedergutmachung oder für den eigenen Wiederaufbau — genommen. Diese 4000 Werkzeugmaschinen bilden das unentbehrliche Rückgrat der uns verbliebenen Industrie. Werden sie uns ge-

## Fragen und Antworten

Auf der Konferenz mit den internationalen Gewerkschaftsdelegierten

Freiburg. Der sowjetische Vertreter in der Delegation des Weltgewerkschaftsbundes, die zur Zeit die französische Zone bereist, Rostowski, stellte den badischen Gewerkschaften auf der Konferenz in Freiburg folgende Fragen:

1. Warum ist der Aufbau der Gewerkschaften noch nicht vollendet, obwohl bereits ein Jahr seit dem Ende des Krieges vergangen sind?
2. Welches ist die Teilnahme der Gewerkschaften in der Säuberung, wie ist die organisatorische Form der Entnazifizierung und welche Vorschläge können die badischen Gewerkschaften zur Verbesserung der Säuberung machen?
3. Können Sie irgendwelche Tatsachen über Nationalisierungen von Betrieben, die Kriegsverbrechern, Kriegsgewinnlern, Nazis oder Militaristen gehörten, anführen?
4. Was haben die Gewerkschaften in der Frage der Ernährung getan? Haben sie zum Beispiel Brachlandaktionen und die Errichtung von Kinderheimen durchgeführt wie dies in anderen Zonen Deutschlands der Fall ist?

Für die Gewerkschaften beantwortete Kollege Schneider (Baden-Baden) diese Fragen. Er führte aus:

1. Der gewerkschaftliche Aufbau ist deshalb im Rückstand, weil die ursprünglichen Vorschläge der Gewerkschafter vom Juni 1946 nicht genehmigt wurden und deshalb erst im November an die Konstituierung der Landesvereinigung gegangen werden konnte.
2. Die Gewerkschaften sind an den Ermittlungsausschüssen für die Wirtschaft beteiligt, teilweise sogar vier Gewerkschaftsvertreter und ein Arbeitgebervertreter wie in der Stadt Baden-Baden. Doch

liegen die Entscheidungen beim Ministerium in Freiburg. Der Gesetzesentwurf des damaligen Staatsrates Eckert vom Juli, der die Einrichtung von Spruchkammern in den Kreisen vorsah, ist im Oktober abgelehnt worden. Jetzt verlangt man die sofortige Beendigung der Arbeit der Ermittlungsausschüsse, so daß beispielsweise der Baden-Badener Ausschuß in vier Wochen 1000 Fälle hätte erledigen müssen, was praktisch unmöglich sei. Doch werden die Säuberungsentscheidungen noch nicht durchgeführt, da durch ein Gesetz erst noch eine Berufungsinstanz geschaffen werden soll. Das Ergebnis ist: Nazis sitzen nach wie vor ungefoughten in ihren Positionen.

3. Es gibt bei uns keine Nationalisierungen. In einzelnen Fällen sind bei besonders belasteten Naziunternehmen zunächst auf Vorschlag der Industrie- und Handelskammer, später auch auf Vorschlag der Gewerkschaften Treuhänder eingesetzt worden, doch sind diese keineswegs in allen Fällen Antifaschisten. Die Betriebe werden weiterhin privatwirtschaftlich geführt.

4. Die Gewerkschaften haben sich vor allem für die Zuteilung von Schwerarbeiterkarten eingesetzt. Doch stößt die Durchführung dieser Maßnahmen immer wieder auf bürokratisches Unverständnis, so daß viele Arbeiter nicht in die Kategorien eingestuft werden, die der Schwere ihrer Arbeit entsprechen. Kollege Faulhaber (Freiburg) erörterte, daß die hauptsächliche Verantwortung für die Ernährungsnot bei den deutschen Behörden liegt, weil sie die Erfassung der Lebensmittel weitgehend in den Händen alter Kreis- und Ortsbauernführer belassen hätten. Bei gutem Willen und der Ausschaltung dieser Elemente könne noch viel verbessert werden.

## Jouhaux's Eindrücke in Deutschland

Freiburg. Nach der Konferenz der badischen Gewerkschaften mit der Delegation des WGB hatte der NEUE TAG kurz Gelegenheit, einige Worte mit Léon Jouhaux, dem Vorsitzenden der französischen Gewerkschaften zu wechseln und ihn über seine Eindrücke auf seinen Deutschlandreisen seit der Kapitulation zu befragen. Jouhaux erwiderte unserem Vertreter im wesentlichen Folgendes:

Die Delegationen des Weltgewerkschaftsbundes haben Deutschland bereist, um die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften in die Wege zu leiten und zu fördern. Diese Entwicklung ist jetzt in voller Entfaltung. Es handelt sich jetzt darum, für sie die Garantien und notwendigen Sicherungen zu erhalten damit die deutschen Gewerkschaften instand gesetzt werden, ihren Aufgaben in der Säuberung und im demokratischen Neuaufbau der deutschen Wirtschaft voll zu erfüllen — mit der Unterstützung und zur Stärkung der Solidarität und Aktionseinheit der Arbeiter aller Länder.

## Sozialist bildet Vierparteienregierung

Französisches Kabinett Ramadier mit Mehrheit der kleineren Parteien

Paris. Präsident Vincent Auriol hat den Sozialisten Ramadier mit der Bildung der Regierung beauftragt. Ramadier hat sich einverstanden erklärt, sich der Nationalversammlung zur Bestätigung als Ministerpräsident vorzustellen.

In einem vom Generalsekretär der Präsidentschaft der Republik der Presse übergebenen Kommuniqué wird bestätigt, daß der Präsident der Republik von Paul Ramadier auf dem Laufenden gehalten wurde über die Ergebnisse der von letzterem geführten Besprechungen, und daraufhin beschlossen hat, Ramadier zum Ministerpräsidenten zu ernennen. Der Präsident der Republik hat den Präsidenten der Nationalversammlung unverzüglich über diese Entscheidung in

Kenntnis gesetzt, und ihn gebeten, die Nationalversammlung diesbezüglich zu informieren. Die Regierungsliste ist noch nicht offiziell veröffentlicht worden. Es ist jedoch bereits bekannt, daß Ramadier am Samstagabend eine Koalitionsregierung gebildet hat. Dieser Regierung gehören in erster Linie Sozialisten und Radikale an. Sie unterscheidet sich also wesentlich von den vorhergehenden Regierungen. Im einzelnen sind die Parteien wie folgt beteiligt: 7 Sozialisten, 5 Zusammenschluß der Linksparteien (Radikale und Demokratische Union der Widerstandsbewegung), 4 Kommunisten, 4 MRP. Die Kommunisten sollen das Landesverteidigungsministerium, der Christlich-Soziale Bidault das Außenministerium übernehmen. Maurice Thorez soll Staatsminister ohne Portfeuille werden.

## Ein Mann auf Amtswegen



VL  
Noch ist der Schimmel nicht so weit —  
Verstrichen ist die Lebenszeit...



Die Persönlichkeit in der sozialistischen Wirtschaft

In den gegenwärtigen Debatten über die Enteignung von Kriegsverbrechern und Monopolkapitalisten wird von Gegnern dieser Ent-

sich nun bloß gegen Verstaatlichungen richten oder auch gegen einen wirklichen Sozialismus, wie er in der Sowjetunion bereits besteht.

Wirtschaftsführer etwas Gutes für die Gesellschaft zu erwarten, ist ein verhängnisvoller Wahn. Ihre Interessen stehen im schärfsten Gegensatz zu den allgemeinen Interessen.

Süddeutsche Meisterschaft

Table with 4 columns: Team, Points, Goals, etc. Title: Die Spiele am 19. Januar

Table with 4 columns: Team, Points, Goals, etc. Title: Staffel West

Die ungünstige Witterung ließ auch am zweiten Spieltag nicht die volle Durchführung des vorgesehenen Spielprogramms der Zonenliga zu...

Stalin-Preisen an Persönlichkeiten verteilt, welche eine Initiative höchster Art auf den verschiedensten Gebieten entfaltet haben.

AMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

In Ergänzung der in den Ausgaben der „Ortenauer Zeitung“ vom 31. Dezember 1944 und 3. Januar 1945 erschienenen Bekanntmachungen wird mitgeteilt, daß nur Unternehmerrklärungen abzugeben haben, bei denen Beschlagnahmen durch die Section „T“ (i. Armee) vor dem 1. Sept. 1945 oder nach diesem Datum durch die Missionen Reparations erfolgt sind.

Suchdienst, Stellengesuche, Beteiligungen, Verkäufe, Briefmarken, Kaufgesuche, Heiraten, Geldmarkt. Various classified advertisements.

Geschäftsanzeigen

Stappdecken Matratzen! Neuanfertigung und Umarbeitung bei Zugabe des Bezugstoffes. Rolläden, Eigenheim! (Gutschein) Gegen Einzahlung dieses Ausmittes erhalten Sie kostenlos lebendige Broschüre...

Kaninchen Trommelsucht usw. tritt nicht auf u. wird wirkungsvoll bekämpft durch Ergona-Aufzuchtspulver. Kleine Geschenke, die Freude bringen, finden Sie bei Emil Hemler, Freiburg i. Br., Scheffelstr. 19, Hofgebäude...

Friedrichshau-Lichtspiele FREIBURG. Bis einschließlich 22. Jan. Vier Herzen. Taube Radio-Röhren. Heute noch nicht! Manches Gute, das jetzt noch entbehrt werden muß, wird eines Tages wieder kommen!

